



Medienmitteilung

Zürich, 1. Juli 2021

Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates zur Genehmigung beantragt

Die Finanzkommission (FIKO) und die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragen dem Kantonsrat einstimmig, den Geschäftsbericht des Regierungsrates zu genehmigen ([5701](#)). Der Regierung wird aber unter anderem empfohlen, Bewertungs- und Darstellungsfragen bei Sachanlagen sowie die bestehenden PCG-Grundlagen genauer anzuschauen und über interne Kontrollsysteme ausführlicher zu berichten.

Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 24. Juni 2021 die Beratungen über den Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates abgeschlossen, der einen Ertragsüberschuss von 499 Millionen Franken ausweist. Insgesamt kann die FIKO von stabilen Prozessen zur Rechnungsführung und Rechnungslegung Kenntnis nehmen; dies trotz erschwelter Umstände im von der Corona-Pandemie geprägten Rechnungsjahr. Im Hinblick auf den Rechnungsabschluss des laufenden Jahres empfiehlt die FIKO dem Regierungsrat insbesondere eine weiterführende Klärung von Bewertungs- und Darstellungsfragen bei Sachanlagen sowie eine sorgfältige Evaluierung der bestehenden PCG-Grundlagen.

Ungeachtet dessen beantragt sie dem Kantonsrat einstimmig die Genehmigung des Geschäftsberichts. Ebenfalls einstimmig zur Genehmigung beantragt werden die Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung der selbständigen Anstalten, die Verlustdeckung der selbständigen Anstalten, die Ausschüttung an den Kanton im Rahmen der Gewinnverwendung der selbständigen Anstalten und die Bildung von Rücklagen.

Unbefriedigende politikbereichsübergreifende Lagebeurteilung

Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 17. Juni 2021 ebenfalls einstimmig beschlossen, den Geschäftsbericht dem Kantonsrat zur Genehmigung zu beantragen. Sie richtet allerdings verschiedene Empfehlungen an den Regierungsrat. So ist aus Sicht der Kommission die politikbereichsübergreifende Lagebeurteilung im Geschäftsbericht unbefriedigend. Gefordert werden eine ausführlichere Berichterstattung zu internen Kontrollsystemen sowie eine Stärkung des übergeordneten Controllings im IT-Bereich.

Neben der FIKO und der GPK berichten im Rahmen der erwähnten Vorlage auch die Justizkommission (JUKO) sowie die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) über ihre Abklärungen zum Geschäftsbericht. FIKO und JUKO informieren dabei auch über ihre eigene Kommissionstätigkeit im Berichtsjahr; die GPK tut dies jeweils im Frühling mit einem separaten Bericht ([KR-Nr. 39/2021](#)).

Kontakt:

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50

GPK-Präsident: Beat Habegger (FDP, Zürich), 076 383 82 35

JUKO-Präsident: Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil), 076 385 58 22

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43